

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 22. November 1963

Blatt 2510

Wasser für Wien

=====

22. November (RK) Auf Einladung des "Presseclub Concordia" sprach heute nachmittag der Amtsführende Stadtrat für Öffentliche Einrichtungen Franz Koci im Concordia-Haus über das Thema "Wasser für Wien". Nachstehend ein Auszug aus seinem Referat:

Der Wasserverbrauch in Wien steigt - wie auch in allen anderen Großstädten - um jährlich durchschnittlich drei Prozent. Das ist hauptsächlich eine Folge der Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien sowie der Ausstattung der Wohnungen mit Badezimmern, Brauseanlagen und Durchlauferhitzern. Aber auch zahlreiche Mieter von Altwohnungen hatten durch günstige Kreditaktionen die Möglichkeit, ihre Wohnungen mit besseren Wasch-, Bade- und sanitären Anlagen auszugestalten. Bei annähernd gleicher Bevölkerungszahl betrug in Wien der Jahresverbrauch 1931: 101 Millionen Kubikmeter Wasser, 1937 (als Folge der Wirtschaftskrise): nur 84 Millionen Kubikmeter und 1962 bereits 160 Millionen Kubikmeter.

Als nach dem zweiten Weltkrieg die ärgsten Schäden am Leitungsnetz Wiens behoben waren - also zu einer Zeit schon, da der Wasserverbrauch Wiens sehr viel kleiner war als die Anlieferung aus den beiden Hochquellenleitungen - wurde im Jahre 1948 auf Initiative der Gemeinde Wien die "Studienkommission für die Wasserversorgung Wiens" gegründet, in der alle be-

./.

teiligten Dienststellen des Bundes, der Länder, der Gebiets- und Wirtschaftskörperschaften und wissenschaftlichen Bundesanstalten vertreten sind. In einer Zeit also, in der es schon viel bedeutete, überhaupt in alle Teile Wiens Wasser - und die anderen lebensnotwendigen Versorgungsleitungen - zu bringen, wurde sofort daran gedacht, neues "Wasser für Wien" zu schaffen.

Die neue Institution ist erstmalig in ihrer Zusammensetzung, denn sie gestattet es, wissenschaftliche Gremien zur Mitarbeit heranzuziehen und ermöglicht es auch den Genehmigungsbehörden, durch die dauernde Beobachtung der Vorarbeiten das eigentliche Prüfverfahren - das sonst erst nach Einreichung des fertigen Projektes eingeleitet wird, schon während der Grundlagenforschung und Projektverfassung vorwegzunehmen. Dadurch kann oder könnte ein Zeitgewinn erzielt werden. Die Kommission hat die Aufgabe übernommen, alle in erreichbarer Nähe befindlichen großen Wasservorkommen auf ihre Brauchbarkeit für die Wiener Wasserversorgung zu prüfen und die Grundlage für ein Projekt zu schaffen, wobei von vornherein feststand, daß auch die jeweils angrenzenden Teile Niederösterreichs an dieser Anlage Anteil haben sollen.

Grundwasserstrom im Steinfeld

Nachdem alle anderen in Betracht gezogenen "Hoffnungsgebiete" wegen unzureichender Wasserführung ausgeschieden waren, blieb der große Grundwasserstrom übrig, der etwa aus der Gegend von Neunkirchen nordostwärts gegen die Donau zieht. Es galt nun zunächst, diesen Grundwasserstrom nach Begrenzung, Mächtigkeit und Verlauf zu erkunden. Durch Hunderte von geologischen Aufschlüssen, Sonden und kleine Versuchsbrunnen wurde festgestellt, daß dieser Grundwasserstrom in dem sonst aus undurchlässigen Schichten bestehenden Gebiet eine geologische Einbruchsrinne in der Breite von einigen Kilometern und mit Tiefen bis zu 130 Meter erfüllt. Gleichzeitig wurde aber auch festgestellt, daß ein ständiger Wasseraustausch zwischen dem Grundwasserträger und den das Gebiet durchziehenden Bächen und Flüssen stattfindet, wodurch die dauernd wechselnden hydrologischen Verhältnisse äußerst kompliziert werden. Schon

diese Vorarbeiten dauerten - nicht aus Zögern oder Konzeptlosigkeit der Wiener Stadtverwaltung, sondern auf Grund zwingenden Verlangens der vorgesetzten Bundesstellen - etwa fünf Jahre. Die Ergebnisse dieser Vorarbeiten wurden im Jahre 1953 von der Studienkommission in einem dreibändigen Werk veröffentlicht.

Nachdem auch noch eine Bilanz für den natürlichen Wasserhaushalt auf Grund der jahrzehntelang geführten statistischen Aufzeichnungen über Niederschlagsmengen, ober- und unterirdische Wasserführung, künstliche Ableitung, Verdunstung und anderes mehr ausgearbeitet war, um festzustellen, ob ein größerer Wasserentzug aus diesem Gebiet möglich ist, wurden die Forschungen auf die Frage konzentriert, an welchen Punkten die günstigsten Entnahmebedingungen und die geringsten nachteiligen Auswirkungen auf die Umgebung zu erwarten sind.

Nachdem alle diese Vorfragen geklärt waren, wurde der Obersten Wasserrechtsbehörde, die dem Landwirtschaftsministerium untersteht, das generelle Projekt einer dritten Wiener Wasserleitung zur offiziellen Einleitung des wasserrechtlichen Genehmigungsverfahrens vorgelegt.

Nun begann der schwierigste und verantwortungsvollste Abschnitt der Vorarbeiten, nämlich die sogenannte Beweissicherung. Wohl könnte, in weitem Rahmen betrachtet, die Entziehung größerer Wassermengen einem landwirtschaftlich genutzten Landstrich schaden. Im engeren Rahmen fürchten Tausende von Bauern, Gewerbetreibende und andere Wasserinteressenten, deren Erwerb auf der ausreichenden Wasserführung im Grundwasser und in den Wasserläufen aufgebaut ist, um ihre Existenz. Es muß daher vor Baubeginn, ja sogar noch vor der endgültigen Dimensionierung des Detailprojekts die Auswirkung einer dauernden Wasserentnahme auf alle Zweige des menschlichen Lebens und der Erwerbstätigkeit überzeugend nachgewiesen werden.

Dieser Nachweis soll durch einen Pumpversuch in großem Maßstab erzielt werden. Es wurden daher von der Gemeinde Wien an drei Stellen im Steinfeld mit einem Aufwand von rund 23 Millionen Schilling große Brunnen und Pumpanlagen geschaffen, aus denen etwa ein Jahr lang große Wassermengen gefördert werden sollen. Der Versuch muß auf Weisung der Obersten Wasserrechts-

behörde deswegen so lange dauern, weil sich die Folgeerscheinungen erst nach und nach einstellen könnten. Das gepumpte Wasser darf dabei nicht in den nächsten Fluß oder Bach eingeleitet werden, weil dadurch ein Kreislauf des Wassers bewirkt würde und die Beobachtungen zu ganz falschen Schlüssen führen könnten. Das Wasser muß daher durch kilometerlange provisorische Leitungen in ein anderes Flußsystem übergeleitet werden.

Verhandlungen mit tausenden Interessenten

Während des Pumpversuches werden in einem weitgespannten Netz von verschiedenartigen Beobachtungseinrichtungen, das in der Nähe der Brunnen besonders verdichtet ist, ständig Aufzeichnungen geführt über Wasserstand und Wassermengen, aber auch über die Energiegewinnung aus der Wasserkraft in den zahlreichen Triebwerken. Zugleich werden auch Wasserproben chemisch, physikalisch und bakteriologisch untersucht.

Der Pumpversuch und die Beobachtung seiner Auswirkungen hätte aber keinen Sinn, wäre nicht eine Vergleichsbasis vorhanden. Deshalb mußte schon vorher im ganzen Interessengebiet in zeitraubender Arbeit eine vollständige Bestandsaufnahme der land- und forstwirtschaftlichen Verhältnisse, der Jahresergebnisse des örtlichen Pflanzenwuchses, der Bodenbeschaffenheit und vieler anderer Umstände durchgeführt und mit allen Besitzern und Beteiligten unter Heranziehung der zuständigen Fachgremien urkundlich bestätigt werden. Die Auswirkungen des Pumpversuches auf die Wasserführung im Grundwasser und in den Flüssen und Bächen können ebenfalls nur durch Vergleiche mit dem ungestörten natürlichen Verlauf beurteilt werden. Da aber der natürliche Verlauf eine Folge der jeweiligen Witterungsverhältnisse ist, müssen Beobachtungen über mehrere Jahre mit verschiedenem Witterungscharakter vorliegen. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß das Beobachtungsnetz schon jahrelang vor Beginn des Pumpversuches geschaffen werden mußte. Zur Durchführung aller dieser Vorarbeiten war eine Unzahl von behördlichen Verfahren und Verhandlungen mit tausenden Interessenten notwendig. Alle diese Vorarbeiten sind rechtlich zu verankern.

Projekt schon vor fünf Jahren dem Landwirtschaftsministerium vorgelegt

Das auf Grund der Vorarbeiten ausgearbeitete generelle Projekt wurde bereits im Juni 1958 dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft vorgelegt. Im Rahmen des wasserrechtlichen Verfahrens wurden seither zahlreiche Zwischenverfahren geführt und Zwischengenehmigungen erteilt, die zur Vorbereitung und Vornahme des Pumpversuches und für die Beweisführung unentbehrlich waren.

Schon bei den ersten Vorstudien war klar, daß die Verwirklichung des Projektes Jahre in Anspruch nehmen würde. Schließlich hat auch der Bau der zweiten Hochquellenleitung von der Idee bis zur Eröffnung mehr als 15 Jahre gedauert, obwohl dort die Verhältnisse viel einfacher lagen. Die Gemeinde Wien hat daher, um in dieser Zeitspanne den steigenden Bedarf befriedigen zu können, jede Gelegenheit wahrgenommen, das Wasseraufkommen zu erhöhen. Es wurden die Fassungen der vorhandenen Quellen verbessert, neue Brunnenfelder errichtet, das Wientalwasserwerk gekauft und saniert, neue Grundwasserwerke wurden geschaffen und vorhandene erweitert. Dazu kam noch der Großspeicher in Neusiedl am Steinfeld. Durch diese und viele andere Maßnahmen wurde von der Wiener Stadtverwaltung in aller Stille in den letzten zehn Jahren das Wasseraufkommen um rund 120.000 bis 130.000 Kubikmeter täglich erhöht, und zwar um Wassermengen, die in Zeiten ärgster Wasserknappheit zur Verfügung stehen.

300 Millionen Schilling für neues Wasser für Wien

Dieses neue Wasser für Wien deckt heute fast ein Drittel des Verbrauches und ist mehr als doppelt so viel wie der Zufluß aus dem Quellgebiet der I. Hochquellenleitung. Während unter ähnlichen und nicht einmal ganz so ungünstigen Wetterbedingungen der Wasserzufluß nach Wien aus sämtlichen Anlagen im Jahre 1929 rund 250.000 Kubikmeter am Tag betrug, stehen uns derzeit 400.000 Kubikmeter zur Verfügung. Für die Beschaffung dieser zusätzlichen Wassermengen hat die Gemeinde Wien fast 300 Millionen Schilling ausgegeben. Mit diesem Quantum könnten die Großstädte Linz, Graz und Salzburg normal versorgt werden.

Aber auch die Suche nach neuen Wasservorkommen im Raume von Wien wurde systematisch fortgesetzt. Vor allem hat sich in der Unteren Lobau ein Wasservorkommen mengen- und qualitätsmäßig als hervorragend geeignet erwiesen. Auch hier mußten der Erschließung lang dauernde und umfangreiche Untersuchungen vorangehen, die nun soweit sind, daß in nächster Zeit mit der Erteilung einer grundsätzlichen wasserrechtlichen Genehmigung gerechnet werden kann. Der Bau der dazugehörigen Anlagen, wie Behälter, Hebewerk, Zubringerleitung usw., wird allerdings noch zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen. Der an die Wasserwerke herangetragene Vorschlag einer provisorischen Kunststoffleitung zur rascheren Nutzbarmachung des Wassers erwies sich als undurchführbar. Auch andere, sicherlich gut gemeinte Anregungen zur Beseitigung der Versorgungsschwierigkeiten, die aber durchaus von Laien stammen, können nicht realisiert werden. Dazu gehört unter anderen ein Vorschlag, Wasser aus dem Lunzer See und dem Erlauf-See nach Wien zu leiten. Aus beiden Seen zusammen könnte man höchstens eine Menge von 8.000 bis 10.000 Kubikmeter pro Tag gewinnen. Für diese geringe Menge müßte aber eine 150 Kilometer lange Überlandleitung mit schätzungsweisen Kosten von eineinhalb bis zwei Milliarden Schilling gebaut werden.

Verweigert den Wienern nicht das Wasser!

Nun aber zu dem Punkt, der die Stadtverwaltung besonders veranlaßt, vor die Öffentlichkeit zu treten und in diesem Zusammenhang um die Unterstützung der Presse zu bitten:

Mag sein, daß die heuer allgemein in ganz Europa aufgetretene Trockenheit schuld gewesen ist, daß auch im Steinfeld im Spätsommer und im Frühherbst der Grundwasserspiegel zu sinken begann. Mag sein, daß die gesteigerte Wasserentnahme aus modernisierten Pumpanlagen Schuld daran trägt. Das in den letzten Wochen aufgetretene Sinken des Grundwasserspiegels hat jedenfalls die Oberste Wasserrechtsbehörde veranlaßt, der Stadt Wien bis auf weiteres die Pumpversuche zu untersagen.

Wer nur ein wenig die Naturverhältnisse verfolgt, weiß, daß im Herbst überall der Grundwasserspiegel zu steigen beginnt. Nachdem die Einstellung der Pumpversuche gerade in diesem kritischen Zeitpunkt veranlaßt wurde, wird es keinen Fachmann verwundern, daß eine kurze Zeit später der Grundwasserspiegel im Steinfeld um mehrere Zentimeter stieg - er wäre jedoch sowieso jahreszeitlich bedingt gestiegen. Jetzt aber begann ein Kesseltreiben gegen die Wiener, nicht gerade auf parteipolitischer Ebene, sondern eher durch materielle Interessenten in Szene gesetzt. Von Niederösterreich werden zahlreiche lokale Wasserentnahmegenehmigungen angestrebt, die in Hinkunft von der Gemeinde Wien zusätzlich abgelöst werden müssen, wenn sie zu ihrer dritten Wasserversorgung kommen will.

In diesem Zusammenhang erinnert man sich der großen Schwierigkeiten, die es bei der Schaffung eines gemeinsamen Europa gibt. Man stelle sich vor, daß jedes Land die Rohstoffe für sich allein behalten will, die auf seinem Boden vorkommen. Um ins kleinere fortzusetzen: Man stelle sich nur vor, Niederösterreich beharrte weiter auf seinen Grundwasserstrom und auf seinen Wein, die **Steiermark** auf ihren Erzberg und Wien auf seine Philharmoniker und Symphoniker. Kleinliche oder allzu materielle Gedanken mögen jene bewegen, die den Bewohnern der Bundeshauptstadt - die sich schließlich aus allen politischen Richtungen zusammensetzt - das Wasser verweigern!

- - -

Am kommenden Dienstag:Fragekartenaktion der Verkehrsbetriebe
=====

22. November (RK) Als Grundlage für die Verkehrsplanung im Bereich des 20. und 21. Bezirkes wird am Dienstag, dem 26. November, eine Postkartenbefragung auf allen nach Floridsdorf führenden Straßenbahnlinien sowie der Schnellbahn in der Frühverkehrsspitze durchgeführt. Fragekarten mit entsprechendem Vordruck werden dabei in den Straßenbahn- und Schnellbahnzügen sowie in einigen Haltestellen an alle Fahrgäste verteilt.

Die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe ersuchen, die Fragen zu beantworten und die Karten möglichst am selben Tag entweder einem diensthabenden Schaffner zu übergeben oder ohne Marke in einen Postkasten zu werfen. Da die Angaben von größter Wichtigkeit bei der Verkehrsplanung und auch im Interesse der Fahrgäste selbst verarbeitet werden sollen, ersuchen die Verkehrsbetriebe um Mitwirkung und danken im voraus für die damit verbundene Mühe.

- - -

Neuerliche Schluckimpfungs-Aktion gegen Kinderlähmung
=====

22. November (RK) Die erste Teilimpfung der neuen Schluckimpfungs-Aktion beginnt am Montag, dem 25. November, und dauert drei Wochen. Letzter Impftag ist Samstag, der 14. Dezember. Das Gesundheitsamt der Stadt Wien ruft alle Personen auf, die noch an keiner Schluckimpfung teilgenommen und sich bereits angemeldet haben. Eine Teilnahme Ungeimpfter, auch wenn bisher keine Anmeldung erfolgte, ist jedoch möglich. Besonders appelliert wird an Eltern und Erziehungsberechtigte, ihre Kinder, insbesondere Kleinkinder, impfen zu lassen, da diese die gefährdetsten Altersgruppen darstellen.

Geimpft wird in der Zeit vom 25. November bis 14. Dezember in den beiden ersten Schulstufen der Volksschulen, in Kinderambulatorien und Mutterberatungsstellen an den Beratungstagen und zu folgenden Zeiten in den Bezirksgesundheitsämtern: Montag und Donnerstag von 14 bis 15.30 Uhr, Dienstag, Mittwoch, Freitag, Samstag von 8.30 bis 11 Uhr.

- - -

Montag, den 25. November:

"Großer Bahnhof" für den Burgenländischen Weihnachtsbaum in Wien
=====

22. November (RK) In den ersten Morgenstunden des 25. November wird der Bundesländerweihnachtsbaum, der im Bereich der Forstverwaltung Lackenbach geschmückt und verladen wird, seine "Reise" nach Wien beginnen. Der Transport wird von einer Gendarmerie-Eskorte angeführt, unweit Wepersdorf auf die Bundesstraße 50, Richtung Siegraben stoßen, dann auf die Bundesstraße 16 überwechseln und schließlich über die Favoritenstraße-Absberggasse-Laaer Berg-Straße auf dem Eisenstadtplatz im 10. Bezirk eintreffen. Das Wiener Polizeigleit wird die Autokolonne, in der auch ein Kranwagen mit einem Zug Pioniere des Bundesheeres mitfahren wird, bereits an der Stadtgrenze kurz nach Leopoldsdorf empfangen.

Um 14.30 Uhr wird auf dem Eisenstadtplatz die Übernahmefeier mit Weihnachtsliedern eines Favoritner Kinderchores beginnen. Dann folgen Begrüßungsworte des Bezirksvorstehers Wrba und eine Ansprache des burgenländischen Landeshauptmann-Stellvertreters Kulturreferent Hans Bögl; Vizebürgermeister Mandl wird für die Widmung des Baumes durch die Burgenländische Landesregierung danken. Der Kinderchor wird die Veranstaltung mit Weihnachtsliedern beschließen.

Um zirka 15 Uhr wird die Fahrt zum Wiener Rathausplatz fortgesetzt werden. Als Route wurde gewählt: Laaer Berg-Straße-Reumannplatz-Favoritenstraße-Wiedner Hauptstraße-Kärntner Straße-Ring-Rathausplatz. Dort wird nach 15.30 Uhr mit der Entladung des Spezialfahrzeuges begonnen werden.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zur Übernahmefeier des Burgenländischen Weihnachtsbaumes am Montag, dem 25. November, 14.30 Uhr, auf dem Eisenstadtplatz im 10. Bezirk einen Vertreter zu entsenden.

- - -

Ab kommenden Sonntag:Straßenbahnlinie 60 bis Rodaun verlängert
=====

22. November (RK) Ab Sonntag, ~~den~~ 24. November, wird man auf der Straßenbahn nicht mehr von der Linie 60 auf den 360er umsteigen müssen, um bis an die Stadtgrenze nach Rodaun zu fahren. Von diesem Tag an nämlich wird die Linie 60 nicht mehr nur bis Mauer, sondern weiter nach Rodaun geführt werden. Die Anschlußlinie 360 wird dann von Rodaun nach Mödling fahren.

Stadtrat Schwaiger informierte heute nachmittag an Ort und Stelle die Gemeinderäte und die Bezirksvertretung von Liesing über diese wichtige Verbesserung, die die Wiener Verkehrsbetriebe für den 23. Bezirk schaffen. Damit wird ein langgehegter Wunsch der Bevölkerung, aber auch ein langjähriges Projekt der Verkehrsbetriebe verwirklicht. Als Voraussetzung dafür mußten in Rodaun Schleifenanlagen für die Linien 60 und 360 errichtet werden. Außerdem mußte man das Gleis in der Ketzer-gasse auf die andere Fahrbahnseite verlegen. Die Gegenrichtung der 60er-Schleife führt durch die Beethovenstraße-Rabensteiner-gasse-Kaisersteiggasse und findet ihren Anschluß in der Kaiser Franz Josef-Straße. Schließlich mußten die Gleisanlagen in der bisherigen Endstation der Linie 60 in Mauer so geändert werden, daß der durchlaufende Betrieb möglich wird.

Nun wird man also ab Sonntag mit dem 60er direkt von Hietzing bis Rodaun fahren können. Bei schönem Ausflugswetter, also vor allem an den Sommersonntagen, wird im übrigen auch die Linie 10 bis dorthin verlängert werden. In den Verkehrsspitzenzeiten an Werktagen wird jeweils ein Zug der Linie 60 bis Rodaun und ein Zug bis zur Schleife Mauer geführt werden. In den Zwischenspitzenzeiten und den Abendstunden sowie an Sonn- und Feiertagen werden alle Züge bis Rodaun fahren. Als weitere Verbesserung werden ebenfalls von Sonntag an zu den Schluß- und den Spitalsbesuchszeiten direkte Züge mit dem Linien-signal 60/62 als Verstärkung von der Stadtbahnstation Hietzing nach Lainz geführt werden.

In der Umsteigstelle vom 60er in den 360er in Rodaun wurde ein neues Betriebsgebäude mit Geschäftslokalen, Telefonzellen usw. errichtet, das allerdings noch nicht ganz fertiggestellt ist. Dort werden in Zukunft auch für das Fahrpersonal der Linie 360 moderne Betriebsräume zur Verfügung stehen. Die Fahrpläne schließlich wurden so aufgestellt, daß die Anschlüsse zwischen den Zügen der Linien 60 und 360 in beiden Fahrtrichtungen gewährleistet sind.

Gleichzeitig mit diesen Maßnahmen haben die Verkehrsbetriebe aber auch getrachtet, die Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung zu verbessern. Der noch aus den Zeiten der Dampftramway stammende Betriebsbahnhof Perchtoldsdorf, der wegen seiner veralteten Anlagen und wegen des geringen Personalstandes äußerst unwirtschaftlich war, wird aufgelassen und der gesamte Betrieb der Linien 60 und 360 vom modernen Bahnhof Speising übernommen. Da also in Zukunft die Zugsgarnituren der Linie 360 in Speising beheimatet sein werden, können die veralteten Wagenhallen und die dazugehörigen Gleisanlagen des Bahnhofes Perchtoldsdorf bald abgetragen werden.

Die Kosten aller Umbauten, der Fahrleitung und der Errichtung des Betriebsgebäudes in Rodaun belaufen sich auf etwa sieben Millionen Schilling. Demgegenüber erhoffen sich die Verkehrsbetriebe jedoch Einsparungen von etwa einer Million Schilling pro Jahr.

- - -

Sitzung von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche
=====

22. November (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen Wiener Bezirksvertretungen statt:

Mittwoch, 27. November:

- 17.00 Uhr, Favoriten, Keplerplatz 5, 1. Stock,
- 18.15 Uhr, Innere Stadt, Wipplingerstraße 8, Festsaal,
- 18.15 Uhr, Josefstadt, Schlesingerplatz 4, 3. Stock.

- - -

Malereien von Kindern und Jugendlichen aus den Kursen des Landes-

jugendreferates Wien

22. November (RK) Heute vormittag eröffnete Senatsrat Dr. Gapp in Vertretung von Vizebürgermeister Mandl eine Ausstellung von 32 Ölmalereien von Wiener Kindern, die im Schau-
raum des Kulturamtes der Stadt Wien am Friedrich Schmidt-Platz 5 dem Publikum zugänglich gemacht werden.

Senatsrat Dr. Gapp wies in seiner Ansprache vor zahlreichen Lehrkräften, Künstlern und Vertretern der Wiener Presse darauf hin, daß die musische Erziehung nicht früh genug beginnen könne und daher die Stadt Wien bemüht sei, die Talente schon im Kindesalter zur Entwicklung zu bringen. Aus ähnlichem Grund besuchen 6.000 Wiener Kinder die Kindersingschulen der Stadt Wien, um dort das notwendige Verständnis für die Musikkultur ihrer Heimat zu erlangen. Die Mal- und Zeichenkurse, die vom Landesjugendreferat in den Jugendzentren und in den Schulen veranstaltet werden, dienen ebenfalls der Entfaltung und Kultivierung der ersten Schaffensfreude.

Die Ausstellung ist bis 13. Dezember von Montag bis Freitag in der Zeit von 10 bis 18 Uhr bei freiem Eintritt zugänglich.

- - -

Gratulation an Professor Weixler

22. November (RK) Zum 60. Geburtstag von Dipl.-Ing. Professor Viktor Weixler hat Vizebürgermeister Mandl dem Jubilar auf schriftlichem Wege herzliche Glückwünsche übermittelt.

Professor Weixler ist als Graphiker, Maler und Innenarchitekt bekannt geworden. Auch seine Tätigkeit als Lehrer an der Technischen Hochschule, der Frauenakademie und der Modeschule der Stadt Wien hat allgemeine Anerkennung gefunden.

- - -

Zum erstenmal in Wien:

Müllabfuhr nimmt "Sperrgut" mit
=====

22. November (RK) In der Pressekonferenz im "Presseclub Concondia" machte Stadtrat Koci auch Mitteilung von einer neuen Aktion der Stadtreinigung. In der Zeit vom 2. bis 6. Dezember führt die Stadtreinigung zum erstenmal in Wien eine Entrümpelungsaktion durch, die probeweise in Favoriten stattfindet. Den Bewohnern dieses Bezirkes ist damit die Möglichkeit geboten, sperriges Entrümpelungsgut, wie unbrauchbare Möbelstücke und ähnliches, das von der Müllabfuhr nicht mitgenommen werden kann, kostenlos loszuwerden. Damit bietet sich den Favoritnern die Möglichkeit, in ihren Kellerräumen, Dachböden und Höfen wieder Platz zu bekommen. In die Aktion können gewerbliche Abfälle und Rückstände von Bauarbeiten nicht einbezogen werden. Das Gerümpel ist am Sammeltag bis 8 Uhr früh am Gehsteigrand (nicht auf der Fahrbahn) bereitzustellen. Über den genauen Abholungstag werden die Häuser noch rechtzeitig durch gedruckte Mitteilungen der Stadtreinigung verständigt werden.

In Zukunft soll diese Aktion natürlich auf das ganze Wiener Stadtgebiet ausgedehnt werden.

- - -

Wiener Symphoniker suchen Cellisten
=====

22. November (RK) Im Orchester der Wiener Symphoniker wird eine Cellistenstelle besetzt.

Schriftliche Bewerbungen an die Direktion der Wiener Symphoniker, 3, Konzerthaus. Die ersten Probespiele werden voraussichtlich in der zweiten Hälfte Dezember und in der zweiten Hälfte Jänner stattfinden.

- - -

"Wasserdebatte" im Presseclub Concordia
=====

(RK-Blätter 2510 bis 2516)

22. November (RK) An der Pressekonferenz im "Presseclub Concordia" über das Thema "Wasser für Wien" nahmen außer dem zuständigen Amtsführenden Stadtrat Koci auch Vizebürgermeister Slavik, Baudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller und der Leiter der Wasserwerke Senatsrat Dipl.-Ing. Geilhofer teil.

Stadtrat Koci nahm nach seinem Referat zu verschiedenen Presseberichten der letzten Zeit Stellung. Er bezeichnete es als einen "aufgelegten Blödsinn" wenn berichtet wurde, daß das Wasser auf "schwarze" und "rote" Bezirke verschieden aufgeteilt werden könnte. Auch die Berichte über die "Versilberung des Wassers" erwecken falsche Hoffnungen. Einwandfreie Gutachten stellen fest, daß das Silber keineswegs Bakterien oder Viren vernichten kann. Es wäre auch technisch nicht möglich, den Wasserdruck im Wiener Rohrnetz sozusagen nach Belieben zu vermindern.

Der Leiter der Wasserwerke Senatsrat Dipl.-Ing. Geilhofer nahm zu dem Vorschlag Stellung, mit provisorischen Kunststoffleitungen Wasser aus der Lobau nach Wien zu bringen. Er bezeichnete dies als undurchführbar, solche Rohre müßten auf jeden Fall unterirdisch verlegt werden. Dies wäre im Überschwemmungsgebiet jedoch keinesfalls möglich, das Bundesstrombauamt würde dies nicht zulassen. Außerdem wäre ein Hebewerk notwendig, um das Wasser bis zu der Anschlußstelle an der Reichsbrücke zu bringen. Die Brunnenpumpen reichen aber nur dazu aus, um das Wasser in die Höhe zu heben. Senatsrat Geilhofer wies auch nach, daß statt eines einzigen 800 Millimeter-Eisenrohres 43 200 Millimeter-Kunststoffrohre nebeneinander gelegt werden müßten, um die gleiche Wassermenge fördern zu können. Dazu kommen dann noch die großen Reibungsverluste, kurz, dieser Vorschlag läßt sich technisch ganz einfach nicht durchführen.

Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller ergänzte auch zu dem Vorschlag, eine Kunststoffleitung zu verlegen, daß Kunststoffrohre sehr temperaturempfindlich sind und schon aus diesem Grunde nicht im Freien verlegt werden können.

In der Diskussion nahm Stadtrat Koci zu verschiedenen Anfragen Stellung. Wenn man jetzt von Versäumnissen der Stadt Wien spricht, so ist dazu zu sagen, daß die Verzögerungen durch niederösterreichische Einsprüche die weitere Entwicklung behindert haben und behindern. Dann darf man Wien auch nicht unterschreiben, daß es die Niederösterreicher "trockenlegen" will und alles Wasser für Wien beansprucht. Die Vorarbeiten für die III. Wasserleitung laufen seit 1948.

Vizebürgermeister Slavik sagte zur politischen Seite der Angelegenheit, daß Wien vorgeschlagen hat, einen gemeinsamen Wassernutzungsverband zu schaffen. Momentan besteht jedoch kein aktueller Anlaß, zu einem Vertrag zu kommen, weil es sozusagen ein Luftgeschäft wäre. Noch sind ja die Untersuchungen im Gange und es steht nicht fest, wieviel Wasser zur Verfügung stehen wird. Die Stadt Wien ist jederzeit bereit, die Gespräche mit den Niederösterreichern fortzusetzen und eine Vereinbarung abzuschließen. Es sei bedauerlich, daß das Wasserproblem politisch hochgespielt wird und manche Zeitungen diese Bestrebungen unterstützen.

Falls die Gemeinde Wien von der Obersten Wasserrechtsbehörde die Zustimmung erhält, aus der Lobau Wasser entnehmen zu dürfen, werden alle finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Falls die Genehmigung heuer noch erteilt wird, könnte im günstigsten Fall in zwei Jahren das erste Wasser aus der Lobau in das Rohrnetz geleitet werden. Nachdrücklich wurde festgestellt, daß keineswegs eine Verunreinigung des Lobauer Wassers durch die nahegelegenen Anlagen des Ölhafens zu befürchten ist.

- - -

Österreichische Jugendamtspsychologen haben beraten

=====

22. November (RK) Vom 20. bis 22. November fand in Wien die 10. Arbeitstagung österreichischer Jugendamtspsychologen statt, die von Stadtrat Maria Jacobi eröffnet wurde. Die Experten aus allen Bundesländern berieten über psychologische Untersuchungs- und Betreuungsmethoden sowie über eigene Forschungsergebnisse auf jugendpsychologischem Gebiet. Außerdem standen das neue Jugendschutzgesetz, Teile des neuen Schulgesetzes sowie die rechtmäßige Stellung des außerehelichen Kindes zur Diskussion.

- - -